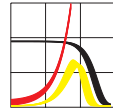


Max-Planck-Institut
für demografische Forschung



EDITORIAL

Im Fokus: Geburten

Ist die demografische Entwicklung Schicksal? Ist sie ein unvermeidbares Nebenprodukt der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung, an das man sich anpassen muss, ohne es beeinflussen zu können? Was den massiven Alterungsprozess der Bevölkerung betrifft, den wir in den nächsten Jahrzehnten erwarten, so ist diese Frage klar mit Ja zu beantworten: Eine starke Zunahme des Anteils der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung ist bereits in unserer derzeitigen Altersstruktur angelegt, was wiederum eine Folge der demografischen Entwicklung der vorigen Jahrzehnte ist. Es gibt heute nur halb so viele Personen im Alter bis fünf Jahre wie Personen im Alter von 40 bis 45 Jahren. In 30 Jahren wird es deshalb aller Voraussicht nach rund doppelt so viele 70- bis 75-Jährige geben wie 30- bis 35-Jährige (es sei denn, es treten ganz einschneidende Ereignisse von höchst geringer Wahrscheinlichkeit ein).

Ist an der Tatsache der massiven Alterung in den kommenden Jahrzehnten nicht zu zweifeln, so sind doch Ausmaß und Geschwindigkeit dieses Prozesses bis zu einem gewissen Grad variabel. Dies ist umso stärker der Fall, je weiter wir in die Zukunft blicken. Langfristig ist die Bevölkerungsentwicklung somit nicht nur Schicksal.

Es sind drei Faktoren, die demografische Prozesse bestimmen: Fertilität (Geburtenraten), Mortalität (Sterberaten) und Migration. Auf eine bestehende Altersstruktur angewandt, bestimmen diese drei Komponenten gemeinsam die zukünftige Bevölkerungsdynamik. Alle drei Faktoren können im Prinzip von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik beeinflusst werden. Während bei der Mortalität eine gezielte Beeinflussung nur in Richtung einer weiteren Senkung – also hin zu einer höheren Lebenserwartung – denkbar ist, können Wanderungsströme relativ kurzfristig von der Politik in beide Richtungen verändert werden. Bei der Fertilität stellen sich zwei schwierige, unterschiedliche Fragen: 1. Soll die Geburtenrate gezielt beeinflusst werden, und 2. bis zu welchem Grad ist es überhaupt möglich, sie zu beeinflussen? Die erste Frage ist politischer Natur, die zweite wissenschaftlicher. In dieser Ausgabe von *Demografische Forschung Aus Erster Hand* werden verschiedene Aspekte dieser zweiten Frage beleuchtet.

Wolfgang Lutz

Kürzere Ausbildungszeiten können Geburtenrate anheben

Nebeneffekt einer Schulreform: Jüngere Bevölkerung

Ein Rückgang der Geburtenzahlen ist auch Folge eines Aufschiebens des Kinderwunsches in ein höheres Lebensalter. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen könnten eine frühere Entscheidung zum Kind erleichtern, zeigt eine neue Studie am Beispiel Schulbildung: Würde eine Schulreform ermöglichen, dass eine gleichwertige Ausbildung in einem jüngeren Alter abgeschlossen wird, könnten junge Frauen und Männer früher ihr berufliches und familiäres Leben beginnen.

Der so genannte Tempoeffekt der Fertilität bewirkt, dass in Zeiten eines Anstiegs des mittleren Gebäralters die jährliche Maßzahl der Fertilität (Gesamfruchtbarkeitsrate, Periodenfertilität) deutlich niedriger ist als in Jahren, in denen das Gebäralter konstant bleibt, auch wenn sich die Kinderzahl über den Lebensverlauf von Frauen (Kohortenfertilität) nicht verändert. Dieses bisher außerhalb der technischen Demografie wenig beachtete Phänomen kann auch dazu führen, dass bei einer Stabilisierung oder gar bei einem Sinken des mittleren Gebäralters die jährliche Geburtenrate deutlich steigt.

In allen Ländern Europas sind die Fertilitätsraten (Periodenfertilität) in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gefallen. Dies geht demografisch gesehen auf zwei Faktoren zurück: Eine Abnahme der durchschnittlichen Zahl von Kindern, die Frauen im Laufe ihres Lebens haben (Kohortenfertilität), und einen negativen „Tempoeffekt“ durch den Anstieg im durchschnittlichen Alter bei der Geburt der Kinder.

In allen Ländern Europas kann man sehen, dass die Fertilitätsraten in den Jahren sehr

niedrig waren, in denen das mittlere Gebäralter besonders stark stieg. Deutlich ist dies vor allem in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) in Mitteleuropa (siehe Abbildungen 1 und 2). Dort führte die politische Wende um 1990 dazu, dass das mittlere Alter bei der Geburt stark stieg, während gleichzeitig die Fertilitätsraten dramatisch sanken. Das heißt: die Geburten wurden zunächst einmal verschoben. Ob die verschobenen Geburten dann tatsächlich

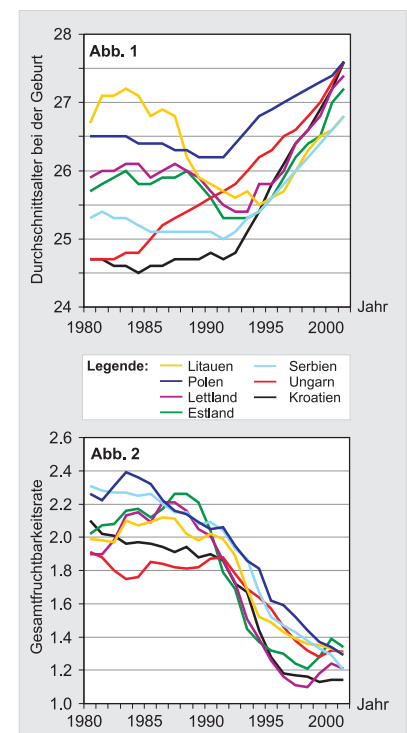


Abb. 1: Zentral- und Osteuropa, Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt, 1980 bis 2001.

Abb. 2: Zentral- und Osteuropa, Gesamfruchtbarkeitsrate (TFR), 1980 bis 2001.



→ nachgeholt werden, ist eine andere Frage, die später zu diskutieren ist. Zunächst ist festzuhalten, dass das Verschieben allein schon zu einem deutlichen Rückgang der Periodenfertilitätsraten führt. Für die erweiterte EU wird geschätzt, dass dieser Tempoeffekt rund 0,4 Kinder pro Frau beträgt. In anderen Worten, die Fertilitätsrate in der EU würde 1,8 anstatt 1,4 betragen, wenn das mittlere Alter bei der Geburt zumindest konstant bliebe.

für das elfte Jahr eingezeichnet ist (Szenario 3). In anderen Worten, ein Anstieg des Gebäralters bewirkt ein nachhaltiges Geburtendefizit.

In der Demografie wurde in den vergangenen Jahren viel Energie darauf verwendet, diesen Tempoeffekt genau zu quantifizieren. Dazu werden Daten nach der Rangfolge der Geburt einer Frau benötigt. Aus diesen Angaben kann eine um den Tempoeffekt korrigierte Fertilitätsrate berechnet

werden (Tempo adjusted TFR); diese gibt an, wie hoch die TFR ohne Tempoeffekt wäre bzw. sein wird, wenn das Gebäralter stagniert.

In der Analyse "How Would 'Tempo Policies' Work? Exploring the Effect of School Reforms on Period Fertility in Europe" des Institutes für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Lutz und Skirbekk 2004)

Eine Ansatzmöglichkeit liegt im Schul- und Ausbildungssystem. Kaum eine Frau bekommt heute Kinder vor Abschluss ihrer Ausbildung. Gleichzeitig ist das Abschlussalter weiter gestiegen, was nur zum Teil Folge der Bildungsexpansion ist. Derzeit gibt es in vielen Ländern eine Diskussion über eine Schulreform, wobei primär aus ökonomischen Gründen eine Kürzung der Ausbildungsdauer (in Bayern wurde zum Beispiel das Gymnasium bereits von neun auf acht Jahre verkürzt) sowie ein früherer Schulbeginn (etwa mit fünf Jahren) diskutiert werden. Es geht also darum, dass eine gleichwertige Ausbildung bereits in einem jüngeren Alter abgeschlossen wird. Für Schweden belegen Daten, dass Frauen, die ihre (gleichwertige) Ausbildung ein Jahr früher abschließen, auch ihre Kinder im Schnitt ein halbes Jahr früher bekommen als Frauen, die ein Jahr später abschließen.

Tabelle 1 zeigt unterschiedliche Szenarien über den Zusammenhang von Schulreform und Geburtenrate für Bayern, Österreich, Italien und Schweden. Sie basieren auf der Annahme, dass für alle Jahrgänge, die von 1995 an geboren wurden, das mittlere Gebäralter langsam um zwei Jahre sinkt, während es für ältere Frauen unverändert bleibt. Die Tabelle zeigt mittelfristig signifikante Effekte. So würden im Jahr 2020 in Bayern mit einer solchen Schulreform 99.527 Kinder geboren werden, während es ohne Reform nur 89.300 wären. Für Österreich betrüge der Unterschied rund 4000 Geburten.

Diese Analysen zeigen, dass es interessante neue Denkansätze zur möglichen Beeinflussung der Geburtenrate gibt, die die üblichen familienpolitischen Programme ergänzen können. Auch könnte die Diskussion um die Schulreform dadurch bereichert werden, dass man neben Kosten- und Arbeitsmarkterwägungen die möglichen demografischen Auswirkungen mit berücksichtigt.

Wolfgang Lutz und Vegard Skirbekk

Literatur:

Lutz, W. and V. Skirbekk: How would "tempo policies" work? Exploring the effect of school reforms on period fertility in Europe. Vienna Institute of Demography of the Austrian Academy of Sciences, Vienna 2004, 32 p. (European demographic research papers ; 2). http://www.oew.ac.at/vid/publications/edrp_2_04.pdf.

Lutz, W., B.C. O'Neill and S. Scherbov: Europe's population at a turning point. Science 299(2003)5615: 1991-1992. <http://www.sciencemag.org/cgi/content/full/299/5615/1991>.

Skirbekk, V., H.-P. Kohler and A. Prskawetz: Birth month, school graduation, and the timing of births and marriages. Demography 41(2004)3: 547-568.

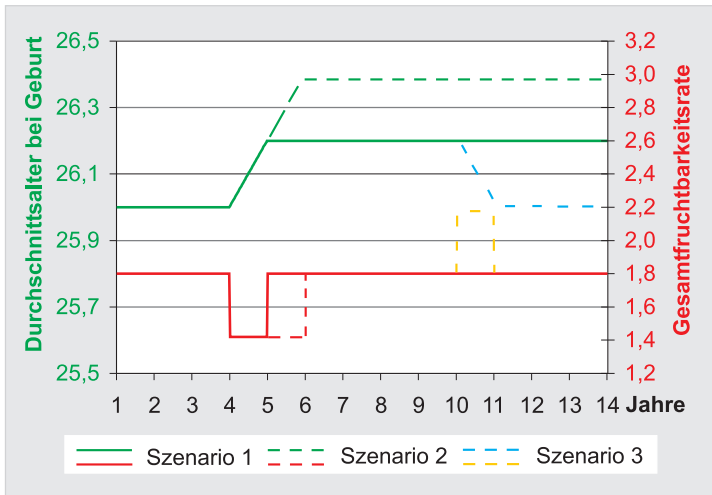


Abb. 3: Veranschaulichung des Tempoeffektes bei unterschiedlichen Annahmen zum Alter bei der Geburt.

Abbildung 3 veranschaulicht den intuitiv etwas schwierig verständlichen Tempoeffekt. In den ersten Jahren einer hypothetischen Entwicklung sind die Gesamtfruchtbarkeitsrate (TFR) und das mittlere Gebäralter konstant. Langfristig bedeutet dies, dass Perioden- und Kohortenfertilität identisch sind. Nach dem vierten Jahr steigt das mittlere Gebäralter um 0,2 Jahre (zum Beispiel dadurch, dass jede fünfte Frau ihre Geburt um ein Jahr verschiebt). Diese Verschiebung bewirkt, dass im fünften Jahr rund 20 Prozent weniger Kinder geboren werden und die Fertilitätsrate entsprechend fällt. Steigt das mittlere Gebäralter im sechsten Jahr weiter, bleibt die Gesamtfruchtbarkeitsrate so niedrig (Szenario 2). Bleibt dagegen das Gebäralter auf höherem Niveau konstant, steigt die TFR wieder auf das alte Niveau (Szenario 1). Wichtig ist bei diesem Phänomen auch, dass das Nachholen der verschobenen Geburten nicht notwendigerweise in einem Anstieg der TFR über das alte Niveau hinaus resultiert (dies wäre der Fall, wenn alle folgenden Kohorten ihre Geburten auch entsprechend verschieben). Eine höhere TFR ist nur zu erwarten, wenn das mittlere Gebäralter wieder sinkt, was hier hypothetisch

wird untersucht, wie das mittlere Gebäralter beeinflusst werden könnte, um dadurch nachhaltig mehr Geburten zu haben, ohne dass Frauen im Durchschnitt mehr Kinder im Laufe ihres Lebens haben (die Kohortenfertilität bleibt unberührt). Solche möglichen „Tempo Policies“ könnten politisch vermutlich weit weniger kontrovers sein, da sie nicht die persönliche Kinderzahl beeinflussen. Sie würden nur eine weitere Erhöhung des Gebäralters bremsen, was auch aus gesundheitlichen Gründen vielfach begrüßt würde. Höhere Gebäralter bergen gesundheitliche Risiken für Mutter und Kind. Zudem führt das Verschieben von Geburten häufig dazu, dass Frauen letztendlich ungewollt kinderlos bleiben; dies bewirkt – neben den individuellen Problemen – zusätzlich zum Tempoeffekt, dass die Geburtenzahlen weiter sinken.

Was können Staat und Gesellschaft tun, um den Trend zu immer späteren Geburten zu stoppen?

Tab. 1: Prognostizierte Anzahl der Geburten*

	2005	2020	
		Ohne Schulreform	Mit Schulreform
Bayern	105.283	89.300	99.527
Italien	424.924	324.025	360.834
Österreich	67.357	57.291	61.318
Schweden	96.657	92.597	100.064

*Keine Immigration; weitere Annahmen siehe Lutz and Skirbekk 2004.

Kinderfreundlich und flexibel

Familienpolitik in den nordischen Ländern basiert auf Gleichheitsprinzip

Welchen Einfluss hat Familienpolitik auf die Geburtenrate? Studien zu den nordischen Ländern zeigen, dass die Wirkungen von familienpolitischen Maßnahmen auf die Fertilität stets im ökonomischen und sozialen Kontext eines Landes beurteilt werden müssen.

Obwohl die Geburtenrate in allen europäischen Ländern deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau (2,1 Kindern pro Frau) liegt, unterscheiden sich die Länder. So haben Deutschland und Österreich mit einer Gesamtfertilitätsrate von 1,3 eine der niedrigsten Raten, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland mit 1,7 eine der höchsten in Europa. Gemeinsamkeiten der Länder mit relativ hohen Geburtenraten sind, dass ihre Familienpolitik auf die Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Müttern ausgerichtet ist und sie über ein großes Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder verfügen.

Doch daraus lässt sich noch nicht ableiten, dass Familienpolitik tatsächlich das Fertilitätsverhalten beeinflusst. Zum einen ist die Gesamtfertilitätsrate ein zu ungenauer Indikator. Zum anderen ist die Familienpolitik heterogen; dazu gehören Mutterschutz, Elternzeit, Kinderbetreuungsangebote, Kindergeld und Steuerregelungen. Zudem ist Familienpolitik ein Teil der wohlfahrtsstaatlichen Politik eines Landes. Steht diese zu ihr im Widerspruch, kann die Wirkung von Familienpolitik geschwächt werden. Familienpolitik kann außerdem je nach Arbeitsmarktlage unterschiedliche Effekte zeitigen. Demografische Analysen müssen daher sowohl geburtenspezifisch angelegt sein als auch familienpolitische, wohlfahrtsstaatliche und arbeitsmarktbezogene Gegebenheiten berücksichtigen. Neue Studien des Max-Planck-Institutes für demografische Forschung zur Wirkung familienpolitischer Instrumente verdeutlichen dies.

Die Sozialpolitik der nordischen Länder zielt darauf, allen Frauen und Männern – unabhängig von ihrem Familienstatus – Erwerbstätigkeit und Elternschaft zu ermöglichen und die Gleichheit aller zu fördern. Entsprechend sind seit Ende der 1960er-Jahre die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützt und das Betreuungsangebot ausgebaut worden. Gegenwärtig sind von den 20- bis 39-jährigen Frauen rund 80 Prozent erwerbstätig. Von den ein- bis dreijährigen Kindern besuchen zwischen 36 Prozent (Finnland) und 78 Prozent (Dänemark) eine Kindertagesstätte; von den Drei- bis Sechsjährigen sind es zwischen 67 Prozent (Finnland) und 94 Prozent (Dänemark). Eine außerschulische Betreuung nehmen 30 Prozent (Norwegen) bis 80 Prozent (Dänemark) der schulpflichtigen Kinder in Anspruch.

Sozial- und familienpolitische Leistungen sind weitgehend unabhängig vom Familienstand. Die Leistungshöhe richtet sich nach dem vorangegangenen Einkommen und soll den Erhalt des

Lebensstandards auch im Falle einer Erwerbsunterbrechung sichern. So beläuft sich das Elterngeld während der Elternzeit in Finnland auf durchschnittlich 71 Prozent des vorangegangenen Einkommens; in Schweden auf 80 Prozent, in Norwegen auf zwischen 80 und 100 Prozent. In Dänemark wird Elterngeld in Relation zum Arbeitslosengeld gezahlt. Dem Gleichheitsprinzip folgend zielt die Familienpolitik auch auf eine größere Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung (Vaterurlaub).

Trotz familienpolitischer Gemeinsamkeiten gibt es Unterschiede: Finnland, Dänemark und Norwegen haben mit einer bezahlten Kinderbetreuungszeit die auf Erhalt der Erwerbstätigkeit ausgerichtete Politik aufgeweicht. Finnland etablierte als erstes Land diese Maßnahme. Danach erhalten Eltern bis zum dritten Geburtstag eines Kindes ein Kinderbetreuungsgeld, sofern ihr Kind nicht in einer öffentlichen Kindertagesstätte betreut wird. Dennoch hat ein Kind das Recht auf einen Platz in einer Betreuungseinrichtung.

Schweden führte in den 1980er-Jahren eine geburtenbezogene Elterngeldregelung ein: Eltern, die ihr zweites (oder weiteres) Kind innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nach dem vorangegangenen Kind bekommen, können Elterngeld auf der Basis jenes Einkommens erhalten, das sie vor der Geburt des vorangegangenen Kindes hatten. Eine Verringerung des Einkommens, etwa durch Elternzeit oder Teilzeitbeschäftigung nach der Geburt eines Kindes, wirkt sich dann nicht auf die Höhe des Elterngeldes bei einer folgenden Geburt aus. Diese Maßnahme hat zu einer Verkürzung des Geburtenabstandes insbesondere zwischen dem ersten und zweiten Kind geführt. Dies bewirkte einen Anstieg der Zweitgeburtenraten (siehe Abbildung 1) und zu einem geringeren Teil der Dritt- und Viertgeburtenraten.

In den 1990er-Jahren fiel die Fertilität in Schweden stark. Dieser Rückgang ist nicht auf eine grundlegende Änderung im Geburtenverhalten zurückzuführen: Auch in den 1990er-Jahren bekamen Frauen ihr zweites Kind deutlich früher als vor Einführung der Maßnahme. Doch die ökonomische Krise der frühen 1990er-Jahre und der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit bewogen vor allem nicht erwerbstätige Frauen, in geringerem Maße ein Kind zu bekommen. Die Elterngeldregelungen in Bezug auf die zeitliche Planung von zweiten und weiteren Geburten haben somit ein prozyklisches Geburtenverhalten verstärkt.

Eine andere Wirkung hatte das Kinderbetreuungsgeld in Finnland. Wie in Schweden stieg hier Anfang der 1990er-Jahre die Arbeitslosigkeit wegen einer ökonomischen Krise stark; jedoch sank die Fertilitätsrate nicht. Untersuchungen zeigen, dass das Kinderbetreuungsgeld insbesondere arbeitslosen Frauen erlaubte, die Zeit der ökonomischen Krise und der eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten zu überbrücken. Allerdings senkten das Kinderbetreuungsgeld und die damit verbundene längere Unterbrechung der

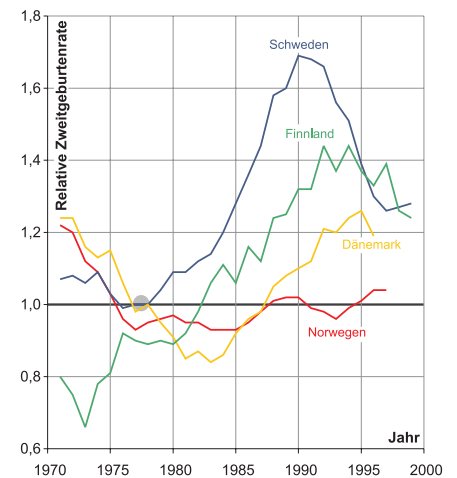


Abb. 1: Zweitgeburtenraten von Müttern mit einem Kind in den nordischen Ländern, berechnet relativ zu Schweden 1977 (unter Berücksichtigung des Alters der Mutter und des ersten Kindes); Beispiel: in Finnland war Mitte der 90er-Jahre für eine Mutter mit einem Kind die Wahrscheinlichkeit ein zweites Kind zu bekommen um etwa 40 Prozent höher als 1977 in Schweden.

Erwerbstätigkeit die Wiedereinstiegschancen von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Diese Studien verdeutlichen, dass die Wirkungen von familienpolitischen Maßnahmen auf die Fertilität vom Kontext abhängen und zeitlichen Schwankungen unterliegen können. Die hohen Fertilitätsraten in den nordischen Ländern deuten jedoch darauf hin, dass deren Familienpolitik, die auf Erwerbsbeteiligung aller, auf Abfederung von Lebensrisiken und auf das Recht auf Betreuung für alle setzt, soziale Bedingungen schafft, die es Frauen und Männern eher ermöglichen, Kinder zu haben als dies gegenwärtig in Deutschland und Österreich der Fall ist.

Gerda Neyer

Literatur:

Andersson, G.: Childbearing developments in Denmark, Norway, and Sweden from the 1970s to the 1990s: a comparison. Demographic Research [Online]: Special Collection 3(2004)7: 155-176. <http://www.demographic-research.org/special/3/7/s3-7.pdf>.

Neyer, G.: Family policies and low fertility in Western Europe. Journal of Population and Social Security (Population) 1(2003): 46-93 (Suppl.) oder unter: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-021.pdf>.

Vikat, A.: Women's labor force attachment and childbearing in Finland. Demographic Research [Online]: Special Collection 3(2004)8: 177-212. <http://www.demographic-research.org/special/3/8/s3-8.pdf>.

„Neue Väter“ in Ostdeutschland?

Ein psychologischer Blick zeigt Wünsche nach und Möglichkeiten zur Elternschaft von Männern

In demografischen Studien zur Geburtenentwicklung geht es meist ausschließlich um Frauen. Doch nur wenn man auch den Kinderwunsch von Männern in Betracht zieht, kann ein vollständiges Bild der individuellen und partnerschaftlichen Entscheidungen zur Elternschaft entstehen. Eine neue Studie zeigt aus einem psychologischen Blickwinkel, welche Eigenschaften und Vorstellungen das Eingehen einer Vaterschaft begünstigen.

Für die jüngst am Max-Planck-Institut für demografische Forschung (MPIDF) in Zusammenarbeit mit dem Institut für medizinische Psychologie der Universität Rostock durchgeführte Studie wurden Männer der Geburtsjahrgänge 1970/71 aus Rostock hinsichtlich der Gründung einer Familie untersucht. Über 200 Familien, deren Kinder in diesen Jahrgängen geboren wurden, sind Teil einer einzigartigen Langzeitstudie; diese verfolgt die Entwicklung der Anfang der 70er-Jahre Geborenen über drei Jahrzehnte. Fast die Hälfte der heute über 30-Jährigen hatte bis 2002/03 bereits selbst eine Familie gegründet. Die Studie des MPIDF analysierte, welche persönlichen Eigenschaften und Überlegungen den Unterschied machen, ob jemand früher als andere eine Elternschaft eingeht, und aus welchen Gründen sich ein Kind gewünscht wird/wurde oder nicht. Dazu wurde ein Methoden-Mix, d.h. eine Mischung aus statistischen Daten und persönlichen anonymisierten Interviews, verwendet.

Die statistischen Ergebnisse zeigen, dass psycholo-

gische Merkmale für den Zeitpunkt der ersten Elternschaft bei Männern und Frauen eine höchst unterschiedliche Rolle spielen. Bei Frauen sind es – deutlicher als bei Männern – Charakteristika ihres sozio-ökonomischen und biografischen Hintergrunds, welche den Zeitpunkt für das erste Kind eher in ein jüngeres Alter verlagern. Zu solchen Einflussfaktoren gehören eine geringe Bildung, ein niedriges Bildungsniveau der Eltern und eine große Herkunftsfamilie. Unter den Persönlichkeitsmerkmalen ist es vor allem eine geringe persönliche Ausgeglichenheit, die eine Mutterschaft in jungen Jahren begünstigt.

Für Männer – mehr als für Frauen – bedingen zum einen Unterschiede in der praktischen Organisation ihres Lebenslaufs eine frühere Vaterschaft; hierzu zählen ein früher Auszug aus dem Elternhaus und ein früher Berufsabschluss. Zum anderen sind besonders individuelle Unterschiede im problembezogenen Handeln für eine frühe Vaterschaft verantwortlich, etwa eine Ich-starke Umgehensweise mit Belastungen, zudem die Verfügbarkeit eigener Ressourcen, hier hauptsächlich ein stärkeres Vertrauen in eigene Fähigkeiten und in eine gute Partnerschaft. Auch Art und Inhalt persönlicher Überlegungen, etwa wenig Ängste und hohen Optimismus zu haben, kennzeichnen Männer, die früher als andere Vater werden. Diese Ergebnisse zeigen, dass für Männer und Frauen unterschiedliche soziale und psychische Voraussetzungen für eine Familiengründung vorliegen.

In den persönlichen Interviews mit kinderlosen Männern aus derselben Studie wird ersichtlich, wie sich der Wunsch nach Kindern, das Aufschieben oder die Ablehnung einer Vaterschaft aus der subjektiven Sicht von Männern im Alter um die 30 darstellen. Einerseits spielen Vorstellungen zu den Konsequenzen einer Elternschaft für die eigene Person (Motive) eine große Rolle, aber auch das je aktuelle Selbstverständnis (Selbstkonzept) und die Vorstellungen zum angemessenen Mann-Sein in der Gesellschaft (Männlichkeitsvorstellungen) sind ausschlaggebend. Andererseits lässt sich der Kinderwunsch von Männern aber auch durch Einstellungen, Werte und Interessen erklären: Männer, die bestimmte Dinge, Personen oder Tätigkeiten des sozialen Lebens als positiv bewerten und andere ablehnen, weisen einen sich daraus herleitenden Kinderwunsch auf. In dieser Dimension stehen Fragen von Einstellungen zu Kindern, Partnerschaft und Familie, von Werten im Sinne verbindlicher Handlungsorientierungen in der Gesellschaft sowie von Interessen an der Beschäftigung mit Kindern im Vordergrund. Tabelle 1 zeigt hierzu Beispiele.

Was kann eine solche psychologische Studie zur Erklärung der besonderen Fertilitätsentwicklung in Ostdeutschland nach der Wende beitragen (vgl. Kreyenfeld/Konietzka in *Demografische Forschung Aus Erster Hand* 1/2004:1-2)? In der Gegenüberstellung von Motiven und Voraussetzungen zu Vaterschaft und Mutterschaft ergibt sich das Bild einer sich verändernden Geschlechterordnung. Die Untersuchung zeigt, dass sich der abstrakte Begriff der „Geschlechterordnung“ im Auftauchen neuer und Verschwinden hergebrachter Vorstellungen junger Männer und Frauen über die Bedeutung von Vaterschaft und Mutterschaft im eigenen Leben beschreiben lässt. So finden sich bei den aus Rostock stammenden Männern die Vorstellungen von „Normalität“ von Elternschaft im Lebenslauf neben der Wahrnehmung von neuen

Tab. 1: Beispiele für die Erklärungsgrößen des Kinderwunschs

Dimension	Führt eher zu einem Kinderwunsch	Spricht eher gegen einen Kinderwunsch
„Entwicklungsperspektive des Selbst“		
Motive	Geselligkeit, Intimität, Lebendigkeit, „Weiterleben“ in Kindern	Ungebundenheit, Freiheit
Selbstbilder	Gewissenhaft, verantwortlich, reif, erwachsen	Flatterhaft, jugendlich, freiheitsliebend, partnerorientiert
Männlichkeitsvorstellungen	Ernährer der Familie, Rückhalt für die Partnerin	Geringe Rollenunterschiede zwischen Mann und Frau
„Bewertung sozialer Objekte“		
Einstellungen	Positiv: Familienleben, junge Elternschaft, harmonische Partnerschaft, Negativ: Kinderlosigkeit, Abtreibung	Positiv: Kinderlosigkeit, Negativ: Kinderwunsch von Frauen, Planung, „gesetztes“ Familienleben
Werte	Planung, Verantwortung, Fürsorglichkeit, Familie	Individualismus, Spontaneität, Muße
Interessen	Umgang mit Kindern: spielen, zeigen, basteln, erziehen	Keine besonderen Interessen im Umgang mit Kindern

Schwierigkeiten mit der Entscheidungsfindung oder mit der Realisierung eines Kinderwunschs.

Gleichzeitig thematisieren Männer die Auflösung hergebrachter Vorstellungen von Mutterschaft und Weiblichkeit. Hier kann also von einem Wandel der geschlechtstypischen Zuweisungen von Aufgaben und Erwartungen an das eigene Leben nach der Wende ausgegangen werden. Die Studie schlägt vor, diese neuen Zuweisungen, etwa von „sozialer Reife“, „lebenspraktischer Kompetenz“ und eigener Sinngebung von Vaterschaft, als Voraussetzungen für das Eingehen einer Vaterschaft anzusehen.

Holger von der Lippe

• Literatur

Lippe, H. von der: Transitions to fatherhood in East Germany in the 1990s (Dissertation). University of Magdeburg, Magdeburg 2004.

Lippe, H. von der: Dimensionen und Determinanten des männlichen Kinderwunschs. In: Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung, A. Tölke und K. Hank (Hrsg.): VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005 [im Erscheinen].

IMPRESSUM

Herausgeber: Jan M. Hoem und James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien
ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Jan M. Hoem (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Nadja Milewski

Layout: Silvia Leek

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift:

Max-Planck-Institut für demografische Forschung
Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland
Telefon: (+49) 381/2081-132 · Telefax: (+49) 381/2081-432

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Das Herausbergremium zieht gern von außen eingereichtes Material in Betracht. Beiträge sollten in leicht verständlichem Stil verfasst sein. Forschungsergebnisse sollten durch Grafiken veranschaulicht werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt.

Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Kontakt: vdLippe@demogr.mpg.de